



Linksextremistische Gewalt konsequent bekämpfen, kritische Infrastruktur schützen und den Rechtsstaat stärken

Positionspapier zur Bekämpfung des Linksextremismus
anlässlich der gemeinsamen Klausurtagung von
Landesverband und Bürgerschaftsfraktion der CDU Bremen

beschlossen in Berlin, am 24. Januar 2026

1. Ausgangslage: Ein wachsendes Sicherheitsrisiko für Bremen und Bremerhaven

Im Januar 2026 kam es zu einem Farbanschlag auf das Wohnhaus des Leiters des Bremer Verfassungsschutzes in der Neustadt. Dieser Anschlag ist aus Sicht der CDU ein neuer Höhepunkt linksextremistischer Gewalt in Bremen und stellt eine Grenzüberschreitung dar. Der CDU-Landesverband und die CDU-Fraktion verurteilen die Tat auf das Schärfste und erwarten eine klare Abgrenzung von allen Mitgliedern des Senats Bovenschulte und den Regierungsfractionen. Wir stehen klar hinter der Arbeit des Verfassungsschutzes, auch und gerade bei der Bekämpfung des Linksextremismus. Es kann nicht sein, dass der Leiter der Behörde und seine Familie Opfer von Straftaten werden, weil er seine Arbeit macht und unsere Demokratie schützt.

Dabei erlebt Bremen seit Jahren eine Serie von politisch motivierten Straftaten und Anschlägen aus dem linksextremistischen Spektrum, sei es gegen Polizei und Polizeieinrichtungen, Parteibüros, Unternehmen, Fahrzeuge oder Ziele mit Bundeswehrbezug. Die SOKO-Linksextremismus bearbeitet in den Jahren 2022/2023

insgesamt 240 Straftaten, darunter 68 extremistische motivierte Delikte; die Zahl der Tatverdächtigen stieg von 70 auf 106.

Diese Gewalt wird politisch und gesellschaftlich zu oft verharmlost oder in „Aktivismus“ umgedeutet. Genau das ist brandgefährlich: Wo Gewalt relativiert wird, verliert die Demokratie ihre Wachsamkeit und der Rechtsstaat an Autorität.

Linksextreme Gewalt ist dabei nicht „spontane Eskalation“, sondern wird ideologisch begründet und strategisch kommuniziert, inklusive Bekennerschreiben, digitaler Propaganda und gezielter Einschüchterung.

Kernaussage: Ein politisches Ziel verliert jede Legitimität, sobald es mit zerstörerischen Mitteln durchgesetzt werden soll. Gewalt macht kein Anliegen besser, sie entsteht es.

2. Linksextremismus im Land Bremen: Organisiert, strukturell verfestigt, sicherheitsrelevant

Die CDU-Fraktion hat Linksextremismus in Bremen früh benannt und parlamentarisch belegt: Schon 2022 hat die Fraktion in einem Antrag die neue Qualität links-extremer Gewalt herausgearbeitet, u. a. am Beispiel des Brandanschlags auf den Bremer Raumfahrtkonzern OHB in der Silvesternacht, bei dem Brandsätze ins Gebäude geworfen wurden und nur durch Glück niemand verletzt wurde.

Besonders für Bremerhaven besteht ein zusätzliches Gefährdungspotenzial:

- kritische und verteidigungsrelevante Infrastruktur (Hafenlogistik, militärischer Umschlag usw.)
- weitläufige und schwer zu sichernde Hafenflächen
- national bedeutsame Logistikketten

Trotz dieser Lage existieren im Land Bremen bislang keine spezifischen Präventionsprojekte, Aussteigerangebote oder expliziten Maßnahmen gegen Linksextremismus. Das ist ein gefährliches sicherheitspolitisches Vakuum.

Gleichzeitig verschwimmen Abgrenzungen dort, wo Vorfeldstrukturen dauerhaft in der Nähe staatlicher Förderung agieren: Wo öffentliche Mittel und Infrastruktur bereitgestellt werden, müssen klare, überprüfbare Standards gelten. Gewalt darf nicht nur „missbilligt“, sondern muss aktiv ausgeschlossen werden.

3. Berlin zeigt: Sabotage an kritischer Infrastruktur ist reale Gefahr

Der Anschlag auf die Stromversorgung in Berlin Anfang Januar 2026 führt drastisch vor Augen, welches Ausmaß ideologisch getriebene Sabotage annehmen kann: Zehntausende Haushalte und zahlreiche Einrichtungen waren betroffen; es gab ein Bekennerschreiben einer mutmaßlich linksextremen Gruppierung („Vulkangruppen“), zugleich laufen Ermittlungen zur Täterschaft.

Das Entscheidende: Wer Energieversorgung, Bahn, Kommunikations- oder sonstige kritische Infrastruktur angreift, nimmt Leid und Gefährdungen Unbeteiligter billigend in Kauf. Das sind keine „Protestformen“, sondern Systemangriffe und sie müssen als solche verfolgt werden: konsequent, priorisiert und zeitnah.

In der bundespolitischen Debatte hat Bundesinnenminister Alexander Dobrindt nach dem Berliner Fall öffentlich betont, dass Linksextremismus stärker bekämpft werden müsse und den Anschlag klar linksextremistisch eingeordnet.

4. Was jetzt zu tun ist: Konsequenz statt Wegsehen

Bremen braucht eine Sicherheits- und Ordnungspolitik, die alle Formen des Extremismus ernst nimmt: ohne Scheuklappen und politische Schlagseite. Der Maßstab ist der Rechtsstaat. Demokratie misst sich nicht an Absichten, sondern an Regeln. Wo diese relativiert werden, zieht sich der Rechtsstaat zurück.

Forderungen der CDU Bremen

1. **Klare Lagefeststellung & eindeutiges Wording:** Wir werden linksextremistische Straftaten als das benennen, was sie sind: Gewaltkriminalität gegen Staat und Gesellschaft, **kein** „Aktivismus“.
2. **Rote Linie KRITIS:** Angriffe auf kritische Infrastruktur (Energie, Bahn, Kommunikation, Wasser, Gesundheit usw.) sind Angriffe auf die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und damit ein schwerwiegender Angriff auf unsere Gesellschaft. Wir setzen uns für beschleunigte Ermittlungs- und Strafverfahren sowie verpflichtende Schutzstandards für KRITIS-Betreiber ein. Dazu gehört auch eine stärkere Sicherung kritischer Hafenbereiche in Bremerhaven und der Ausbau des Schutzes gegen digitale Sabotage.
3. **Verfassungsschutz & Staatsschutz stärken:** Wir werden die Ausstattung, Analysefähigkeit und Fokus so verbessern, dass gewaltorientierter Linksextremismus konsequent aufgeklärt und beobachtet werden kann, inklusive digitaler Strukturen und Propagandakanäle.
4. **Regelmäßiger Lagebericht Linksextremismus Bremen:** Wir fordern einen Jährlichen Bericht mit Zahlen, Tatmustern, Zielgruppen, Netzwerken, Online-Strukturen, Präventionslage und Umsetzungsstand.
5. **Schnellere und sichtbare Strafverfolgung:** Wir fordern zeitnahe Strafverfahren, eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft und Ermittlungsgruppen der Polizei für konsequente Verfolgung von Brandstiftung, Spreng-/Sabotagehandlungen, Angriffen auf Polizeibeamte und Sachbeschädigungen mit politischem Motiv.
6. **Keine Verharmlosung und keine Infrastruktur für Gewalt:** Öffentliche Räume und Infrastruktur dürfen **nicht** für Gruppen bereitgestellt werden, die Gewalt befürworten, decken oder wiederholt aus dem Umfeld heraus Straftaten legitimieren. Förder- und Nutzungsentscheidungen brauchen klare Compliance- und Abgrenzungskriterien (Widerruf/ Ausschluss bei Gewaltbezug).

- 101 7. **Öffentliche Finanzierung stärker kontrollieren:** Wo Projekte und Netz-
102 werke im Umfeld extremistischer Bestrebungen stehen oder Gewalt nicht
103 aktiv ausschließen, braucht es eine strengere Prüfung von Zuwendungen,
104 Kooperationen und Trägerschaften, rechtsstaatlich sauber, aber ohne Naivi-
105 tät.
- 106 8. **Prävention & Ausstieg endlich aufbauen:** Im Land Bremen werden wir spe-
107 zifische Präventions- und Ausstiegshilfen auch für Linksextremismus (Bera-
108 tung, Schutzkonzepte, Perspektivarbeit, Anlaufstellen) schaffen. Bundessei-
109 tig existiert z. B. ein Aussteigerprogramm beim BfV. Bremen sollte hierfür ei-
110 gene Strukturen schaffen.
- 111 9. **Gleichbehandlung im öffentlichen Raum, rechtsstaatlich konsequent:**
112 Strafbare Parolen, Bedrohungen und verfassungsfeindliche Kennzeichen
113 werden unabhängig von der politischen Richtung entfernt und verfolgt. Bei
114 Chiffren/Parolen wie „ACAB“ gilt: Bremen muss konsequent dort einschrei-
115 ten, wo gezielt beleidigt, bedroht oder zu Gewalt angestachelt wird.
- 116 10. **Politische Verantwortung einfordern:** Rot-grün-rot darf das Problem nicht
117 länger negieren oder in allgemeiner „Demokratieförderung“ auflösen. Bre-
118 men braucht eine klare Schwerpunktsetzung in der Inneren Sicherheit, mit
119 messbaren Zielen und überprüfbaren Ergebnissen. Wir fordern Aufklärungs-
120 kampagnen gegen politische Gewalt sowie politische Bildungsprojekte ins-
121 besondere in Schulen und Jugendeinrichtungen.

122 **5. Position der CDU: Ein wehrhafter Rechtsstaat ohne Doppelstandards**

123 Die CDU ist in Bremen die politische Kraft, die Linksextremismus **nach der Bürger-**
124 **schaftswahl 2027** konsequent in den Blick nehmen wird und den Verfassungs-
125 schutz so ausstatten will, dass gewaltorientierter Linksextremismus die notwen-
126 dige Aufmerksamkeit erhält.

127 Wir stehen für eine Sicherheitsstrategie, die schützt, statt zu relativieren:

- 128 • Schutz von Menschenleben und Versorgungssicherheit

- 129 • Respekt vor Polizei, Rettungskräften und demokratischen Institutionen
- 130 • Konsequente Strafverfolgung: schnell, sichtbar und wirksam
- 131 • Prävention und Ausstieg, aber ohne Wegsehen und ohne „Gewalt-Rabatt
- 132 • Gleichbehandlung aller Formen extremistischer Gewalt.